

chen beteiligt. In seinem Vorwort bezeichnet Michael Kinnamon von „Faith and Order“ den Berichtszeitraum eine Übergangsperiode, in der es auf der Suche nach mehr sichtbarer Einheit zwischen Kirchen sowohl ermutigende Entwicklungen wie enttäuschende Rückschläge gegeben habe. Fortschritte werden beispielsweise aus Sri Lanka, aus Wales und aus den USA gemeldet;

Rückschläge waren in England und in Neuseeland zu verzeichnen, wo Unionspläne jeweils am anglikanischen Widerstand scheiterten. Das größte Hindernis für die Vereinigung getrennter Kirchen seien meistens nicht Lehrunterschiede, sondern die Furcht vor Identitätsverlust. Deshalb werde zunehmend Gewicht auf die konkrete Erprobung des Zusammenlebens der Kirchen ge-

legt, es entwickle sich ein neuer Schwerpunkt in den Bereichen Erziehung und Rezeption vor Ort. In vielen Fällen werde Kircheneinheit nicht als ein „Alles-oder-nichts“ gesehen, sondern als ein vielstufiger Prozeß, der den Kirchen das Zusammenwachsen ermögliche. Unionsverhandlungen sollten auf eine größere und tiefere Einheit vorausblicken.

Personen und Ereignisse

In seiner Ansprache an die ungarischen Bischöfe anlässlich ihres Ad-limina-Besuchs am 7. Oktober führte *Johannes Paul II.* aus, eine Lösung für das Problem der Basisgemeinschaften dürfe nicht länger hinausgeschoben werden, da sonst Schaden für die ganze kirchliche Gemeinschaft entstehe. Er wünsche, daß sich alle Basisgemeinschaften möglichst bald an den Normen orientierten, die in seinem Brief an die ungarischen Bischöfe vom April 1980 und im Apostolischen Schreiben „*Evangelii nuntiandi*“ Pauls VI. enthalten seien. Er zweifle nicht daran, daß die Bischöfe solche Basisgemeinschaften offen unterstützen und fördern würden.

Papst *Johannes Paul II.* hat die Bischöfe der afrikanischen Republik Mozambique ermutigt, trotz der derzeitigen politisch und sozial unsicheren Lage im Land und trotz der „brudermörderischen Gewalt“ mit Mut und Erfindungsreichtum den Dialog mit der „neuen Gesellschaft“ aufrechtzuerhalten. Als Hauptschwierigkeit für die Kirche und ihr Wachstum in Mozambique prangerte der Papst in einer Ansprache anlässlich des „Ad-limina“-Besuches der Bischöfe den „Mangel an angemessener Religionsfreiheit“ und den „starken Einfluß des Atheismus“ an.

Bundeskanzler *Helmut Kohl* bedankte sich in seiner Regierungserklärung zweimal bei den Kirchen, einmal als er das Verhältnis zu Polen ansprach, „für die Wegbereitung der Verständigung zwischen beiden Völkern“ und im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt. Kohl erwähnte anerkennend den Beitrag der Kirchen zur Entwicklungshilfe und forderte zu noch engerer Zusammenarbeit in diesem Bereich „zwischen Staat – Kirche, Wirtschaft und privatem Engagement“ gesellschaftlicher Gruppen auf. In den Aussagen zur Familien- und Ausländerpolitik, wo sich jedenfalls mit der katholischen Kirche durchaus Reibungsflächen ergeben könnten, ging der neue Bundeskanzler auf kirchliche Positionen nicht ein.

Nach Ansicht von Prälat *Wilhelm Schätzler*, Leiter der Zentralstelle Medien der Deutschen Bischofskonferenz, zwingt der schnelle Vormarsch der neuen Medien auch die Kirche zu Konsequenzen. Eine auf Kommunikation angelegte Institution wie die Kirche habe keinen Grund, sich dieser Entwicklung prinzipiell zu verschließen. Schätzler kritisierte in seinen Ausführungen bei einer Tagung der Katholischen Akademie Berlin den „verkürzten Diskussionsansatz“, der zu vorzeitiger und pauschaler Ablehnung der neuen elektronischen Medien auch im kirchlichen Bereich geführt habe. Ein gewisser, in manchen katholischen Gruppen herrschender „Personalismus“

hege die Befürchtung, der Ausbau medialer Kontakte müsse notwendigerweise einen Abbau unmittelbar menschlicher Kontakte zur Folge haben.

Deutliche Worte zum deutsch-deutschen Verhältnis fand Landesbischof *Johannes Hempel* in seinem Tätigkeitsbericht vor der evangelisch-lutherischen Landessynode von Sachsen. Es sei, so Hempel, unter Christen akzeptiert, daß es auf deutschem Gebiet zwei souveräne Staaten gebe. Aber nicht akzeptiert werden könne, „daß die Menschen im anderen deutschen Staat unsere Feinde sein sollen“. Und weiter: Man wolle um Gottes Willen keinen neuen Nationalismus, aber es lasse sich auch nicht „unsere jahrhundertlange gemeinsame Geschichte und Kultur bestreiten“.

Der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof *Eduard Lohse*, hat sich bei einem Vortrag in Hannover zuversichtlich über den Fortgang des ökumenischen Gesprächs zwischen evangelischer und katholischer Kirche geäußert. Er forderte dazu auf, sich gegenseitig noch mehr den unterschiedlichen Reichtum an Frömmigkeit mitzuteilen. Ausdrücklich bekräftigte Lohse das „Verlangen nach einem gemeinsamen Begehen der Eucharistiefeste“, fügte aber hinzu, daß es keinen Zweck habe, sich gegenseitig zu überfordern. Um in dieser Frage weiterzukommen, sei ein großes Maß an Geduld und Liebe erforderlich.

Der Vorsitzende der Deutschen Evangelischen Allianz, Pastor *Manfred Otto*, hat die von seiner evangelikalen Organisation geschaffenen Parallelstrukturen zu kirchlichen Einrichtungen verteidigt, gleichzeitig aber eine evangelikale Kirchen-gründung abgelehnt. Die evangelischen Landeskirchen befürchteten den Auszug ihrer pietistischen Gemeinschaftsverbände in eine mögliche Allianzkirche und die Freikirchen den Verlust vieler Mitglieder. Otto erklärte, es gebe auch wiedergeborene gläubige Menschen in den Landeskirchen. Die Allianz könne und wolle nicht Ersatzkirche sein.

Der Primas von Polen, Erzbischof *Jozef Glemp*, hat nach dem Verbot der Gewerkschaft Solidarität durch Regierung und Parlament in mehreren Predigten und Ansprachen deutlich gegen die gegenwärtige Politik der Militärregierung protestiert. Am schärfsten äußerte er sich in einer Predigt am 16. Oktober in Warschau. Die Polen, so erklärte er dort, hätten seit der Verhängung des Kriegszustandes vergeblich auf eine „wirkliche Übereinkunft“ gehofft. Nach dem Verbot der Gewerkschaften müsse man nun wieder beim Nullpunkt anfangen. Glemp appellierte an das Nationalbewußtsein der Polen, als dessen Hüter

er die Kirche betrachtet. „Wir haben große Solidarität unter den Menschen: Solidarität in der Arbeit und im Nationalgefühl.“ Diese Solidarität müsse nicht die Form einer Organisation haben, sondern gründe in den Bindungen zwischen den Menschen.

Trotz nennenswerter Fortschritte in der gesetzlichen Anerkennung der Rechte der Gastarbeiter besteht, wie Papst *Johannes Paul II.* bedauert, weiterhin die Tendenz, den zugewanderten ausländischen Arbeiter als ein „Produktionsmittel“ zu betrachten. Demgegenüber unterstrich der Papst in einer Botschaft zum „Tag des ausländischen Mitbürgers“ erneut das in seiner Enzyklika „*Laborem exercens*“ enthaltene Grundprinzip, daß „das Kapital im Dienst der Arbeit und nicht die Arbeit im Dienst des Kapitals stehen muß“. In der Botschaft wurde es als Verdrehung der Grundlagen bezeichnet, daß der Arbeiter gezwungen wird, auf die Suche nach Produktionsstätten zu gehen. In Wirklichkeit sollte das Gegenteil der Fall sein.

Die südafrikanische Regierung hat leitenden Kirchenmitgliedern auf deren Protest hin mitgeteilt, daß sie die Inhaftierung von Personen ohne Anklage und Prozeß als ihre „christliche Pflicht“ betrachte. Die „Niederlande Gereformeerde Sendingkerk“ (NGK) veröffentlichte auf ihrer Synode einen Briefwechsel mit Polizeiminister *Louis le Grange*, in dem dieser bestätigte, daß nicht alle der derzeit 184 unter dem Terroristengesetz festgehaltenen Personen den gleichen Gefangenenstatus hätten. Justizminister *H. C. Coetsee* erklärte der NGK, daß „manche Personen in Sicherheitsgewahrsam genommen werden müssen, weil ihr subtiles Vorgehen es nicht immer ermöglicht, ihnen konkrete Straftaten vor Gericht vorzuwerfen“.

Der Erzbischof von Mexico-City, Kardinal *Ernesto Coripio Abumada*, und die zehn Weihbischöfe seines Bistums haben sich an die katholischen Gläubigen und an die Regierung Mexikos mit dem dringenden Appell gewandt, eine Politik der Sparsamkeit und der Solidarität zu befolgen. Nur so könne die Wirtschaftskrise des Landes überwunden werden. Die Katholiken der Diözese wurden von den Bischöfen aufgefordert, im Sinn des Evangeliums umzudenken und eine neue Gesinnung zu schaffen. Nur durch die Überwindung sozialer Ungerechtigkeit, den Verzicht auf Riesengewinne, das Eintreten für die Schwachen und die Berücksichtigung des Gemeinwohls könne eine Veränderung der Lage eintreten.

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegt je ein Prospekt des Patmos Verlag, Düsseldorf, und des Christophorus Verlag, Freiburg, bei sowie zwei Verlegerbeilagen.